Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7919**
16. Wahlperiode 29. 01. 2008

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christoph Waitz, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/7566 –

Aufarbeitung der Gründungsgeschichte des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in vielen Bereichen eine hohe personelle Kontinuität bei der Besetzung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung und bei sonstigen staatlichen Organisationen. Zahlreiche ehemalige Angehörige des nationalsozialistischen Terrorregimes, NSDAP-Mitglieder, Angehörige von SS und Gestapo wurden zum Teil in ähnlichen Funktionen in den staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR eingesetzt.

Solche Kontinuitäten gab es insbesondere auch bei den Geheimdiensten. Das Bundeskriminalamt (BKA) arbeitet derzeit seine NS-Vergangenheit systematisch auf. In diesem Jahr fanden drei öffentliche Fachtagungen zur Gründungsphase des BKA statt. Eine unabhängige Kommission aus Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen soll zudem die Verflechtungen früherer Spitzenbeamter des BKA mit dem nationalsozialistischen Regime untersuchen. Bereits 2001 wurden von einem früheren Mitarbeiter des BKA in dem Buch „Die braunen Wurzeln des BKA“ die personellen Kontinuitäten detailliert aufgezeigt.

1. Welche Untersuchungen, Forschungsarbeiten oder Publikationen liegen nach Kenntnis der Bundesregierung zur Gründungsgeschichte des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und zu den personellen und inhaltlichen Kontinuitäten zwischen dem Geheimdienst-, Militär- und Polizeiapparat des Naziregimes und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR vor?

Nach Kenntnis der Bundesregierung befassen sich u. a. folgende Publikationen mit den personellen Kontinuitäten:

– für den Komplex der inoffiziellen Mitarbeiter das in der wissenschaftlichen Reihe der BStU erschienene Buch „NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Beauftragten für Kultur und Medien vom 25. Januar 2008 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

geheime Vergangenheitspolitik der SED“ von Henry Leide (Wissenschaftliche Reihe der BStU, Band 28, Göttingen 2005);

– für den Komplex der hauptamtlichen Mitarbeiter der Aufsatz „Erst braun – dann rot? Zur Frage der Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS“ von Jens Gieseke (erschienen in dem Band Siegfried Suckut; Walter Süß [Hg.]: Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Wissenschaftliche Reihe der BStU, Band 8, Berlin 1997).

Zur Frage der inhaltlichen und methodischen Ähnlichkeiten nimmt eine Vielzahl von Arbeiten zur Gründungsgeschichte des MfS Stellung. Außerdem werden diese Fragen regelmäßig in den Arbeiten zum Diktaturvergleich thematisiert, auf aktuellem Stand unter anderem in dem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Band von Günther Heydemann und Heinrich Oberreuter (Hg.): Diktaturen in Deutschland. Vergleichsaspekte, Bonn 2003.

Auf die öffentlich zugängliche Bibliographie der BStU zum Staatssicherheitsdienst wird verwiesen (http://www.bstu.bund.de/cln_030/nn_714206/DE/Bibliothek/Auswahl-Bibliographie/bibliographie,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/bibliographie.pdf).

Die Bundesregierung hat nicht den Anspruch, bibliographische Gesamtverzeichnisse der Geschichtswissenschaft zu führen. Dies ist Aufgabe der Wissenschafts-, Forschungs- und Lehrinstitutionen sowie der Institutionen der Aufarbeitungslandschaft (BStU, Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, Verein Berliner Mauer – Gedenkstätte und Dokumentationszentrum e. V. (Bernauer Straße)).

2. Welche Untersuchungen, Forschungsarbeiten oder Publikationen liegen nach Kenntnis der Bundesregierung zur Gründungsgeschichte des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und zu den personellen und inhaltlichen Kontinuitäten zwischen dem Geheimdienst-, Militär- und Polizeiapparat Russlands oder anderer Staaten des sowjetischen Machtbereichs und dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR vor?

Die Beschreibung der Kontinuitäten zur sowjetischen Geheimpolizei ist in der Fachliteratur ein zentrales Thema bei der Gründungsgeschichte des MfS. Als Spezialstudien sind unter anderem zu nennen:

– Roger Engelmann: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959. In: Suckut, Siegfried; Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Wissenschaftliche Reihe der BStU, Bd. 8, Berlin 1997, S. 51–72;

– Roger Engelmann: „Schild und Schwert“ als Exportartikel. Die Sowjets und der Aufbau der DDR-Geheimdienste. In: Krieger, Wolfgang (Hg.): Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart. München (Beck) 2003, S. 248–259.

Zu den personellen Kontinuitäten nehmen unter anderem Stellung:

– Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Wissenschaftliche Reihe der BStU, Bd. 20, Berlin 2000;

– Ruth Bettina Birn; Jens Gieseke: Die Generäle der Staatssicherheit. Biographien und Karrieren im doppelten Diktaturvergleich, in dem o. g. Band von Heydemann/Oberreuter;

– Dieter Krüger, Armin Wagner (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003.

3. Wie bewertet die Bundesregierung die vorliegenden Erkenntnisse über die Gründungsgeschichte des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, und hält sie diese für ausreichend, oder sieht sie eine darüber hinausgehende Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Gründungsgeschichte des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und deren Aufarbeitung?

Die Bundesregierung betrachtet die Gründungsgeschichte des MfS unter den genannten Aspekten als bedeutsam und insgesamt vergleichsweise gut erforscht, was die derzeit zugänglichen Quellenbestände, vornehmlich des Bundesarchivs, der BStU sowie der Landesarchive betrifft. Ergänzende Forschungen zu den Entwicklungen in einzelnen Ländern der SBZ/DDR werden derzeit von Instituten, Universitäten und Gedenkstätten betrieben. Die Bundesregierung begrüßt diese wichtigen Forschungsarbeiten. Eine wesentliche Quelle für die Gründungsgeschichte des MfS sind die – eingeschränkt zugänglichen – Bestände des sowjetischen NKVD/MVD und NKGB/MGB in den Archiven der Russischen Föderation.

Die Notwendigkeit zur weiteren Erforschung der Gründungsgeschichte des MfS steht außer Frage. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf die Erforschung und Würdigung der Opfer der Staatssicherheit. Die mit dieser Aufgabe betrauten Institutionen leisten hier wichtige Forschungsarbeit.

4. Wie viele Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR waren Mitglieder der NSDAP?

Nach den Einstellungsrichtlinien der Volkspolizei und des MfS war die Einstellung von NSDAP-Mitgliedern nicht gestattet. Nach einer Stichprobenanalyse für den Mitarbeiterbestand des Jahres 1953 konnten keine NSDAP-Mitglieder festgestellt werden. Eine generelle Abweichung von diesen Dienstvorschriften ist nicht bekannt.

Trotzdem ist es in Einzelfällen zur Einstellung von früheren NSDAP-Mitgliedern gekommen. Hierbei handelt es sich um bis heute in der historischen Bewertung strittige Fälle von Jugendlichen, die 1943/44 (in der Regel jeweils zu Hitlers Geburtstag am 20. April) unter nicht abschließend geklärten Umständen und möglicherweise ohne ihr Wissen und Wollen in die NSDAP aufgenommen worden sind. Namentlich bekannt geworden sind in diesem Zusammenhang der letzte Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, der Leiter der Abteilung Agitation des MfS, Oberst Günter Halle, der Leiter der HVA-Schule, Oberst Otto Wendel, sowie der „Kanzleramtsspion“ Günter Guillaume. Es ist nicht auszuschließen, dass es weitere Fälle in weniger herausgehobenen Positionen gab.

Es ist davon auszugehen, das es unter den inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des MfS eine große Zahl von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern gab, da diese Personengruppe aus Sicht der SED und des MfS als potentieller Risikofaktor galt und deshalb besonders intensiv geheimdienstlich durchdrungen werden sollte. Exakte Daten liegen hierzu nicht vor.

5. Wie viele Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR waren Angehörige des Geheimdienst-, Militär- oder Polizeiapparats des nationalsozialistischen Terrorregimes (jeweils nach Zeitabschnitten und Organisationen und Dienstgraden aufgeschlüsselt)?

Die Beschäftigung von Polizisten und Geheimdienstmitarbeitern des Dritten Reiches als hauptamtliche Mitarbeiter widersprach den Einstellungsrichtlinien des MfS. Daran hat sich die DDR-Staatssicherheit prinzipiell gehalten. Hinweise auf eine gezielte Rekrutierung oder eine systematische Übernahme gibt es

nicht. Die in der älteren Forschungsliteratur gelegentlich genannten Gegenbeispiele sind anhand der BStU-Akten durchweg falsifiziert worden (vgl. zu den einzelnen Fällen Jens Gieseke, „Erst braun – dann rot? Zur Frage der Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS" (erschienen in dem Band Siegfried Suckut; Walter Süß [Hg.]: Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Wissenschaftliche Reihe der BStU, Band 8, Berlin 1997)). Eine Ausnahme stellt lediglich eine geringe Zahl von Fällen dar, in denen MfS-Mitarbeiter eine derartige Vorgeschichte bei der Einstellung verschwiegen hatten. Der Staatssekretär für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, nannte 1955 vier solche Fälle. Sofern die Belastung nicht als nur geringfügig (z. B. wegen lediglich einfacher Zugehörigkeit zur Waffen-SS) eingestuft wurde, wurden die Mitarbeiter entlassen und ggf. strafrechtlich belangt.

Aus der Tatsache der allgemeinen Pflicht zum Kriegsdienst für die einschlägigen Jahrgänge ergibt sich, dass auch spätere MfS-Mitarbeiter in der Wehrmacht gedient hatten. Von den Mitarbeitern des Jahres 1953 hatten ca. 45 Prozent, das sind rund 4 800 Mitarbeiter, in der Wehrmacht gedient, ganz überwiegend in Soldatendienstgraden, in einigen Fällen als Unteroffiziere. Offiziere der Wehrmacht waren grundsätzlich durch die Einstellungsrichtlinien des MfS ausgeschlossen. Die Zahl der früheren Wehrmachtssoldaten ist aufgrund der vorrangigen Rekrutierung von sehr jungen Mitarbeitern nach 1953 sukzessiv gesunken.

Unter den inoffiziellen Mitarbeitern des MfS ist grundsätzlich davon auszugehen, dass, wie bei den NSDAP-Mitgliedern, Angehörige der Geheimdienste und der Polizei des Dritten Reiches bevorzugt angeworben wurden, sofern dies möglich war. Ehemalige Angehörige der Wehrmacht wurden ebenfalls in großer Zahl angeworben, insbesondere unter jenen Wehrmachtsoffizieren, die in der Kasernierten Volkspolizei bzw. Nationalen Volksarmee dienten. Gesamtzahlen hierzu liegen aufgrund der schwachen Überlieferung zur IM-Statistik nicht vor.

6. Wie viele Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR waren Angehörige des Geheimdienst-, Militär- oder Polizeiapparats Russlands oder anderer Staaten des sowjetischen Machtbereichs (jeweils nach Zeitabschnitten und Organisationen und Dienstgraden aufgeschlüsselt)?

Eine exakte Gesamtzahl der Angehörigen des Geheimdienst-, Militär- und Polizeiapparates der Sowjetunion liegt der Bundesregierung nicht vor. In der Führung des frühen MfS waren eine Reihe von ehemaligen sowjetischen Militär-, Geheimdienst- und Polizeikadern tätig, darunter die drei Minister Wilhelm Zaisser, Ernst Wollweber und Erich Mielke. Aus der Gründungsleitung des MfS (Abteilungsleiter und höher) war etwa ein Drittel in der Sowjetunion militärisch und/oder geheimdienstlich ausgebildet. 1962 waren im MfS 14 ehemalige Kämpfer der Interbrigaden im spanischen Bürgerkrieg und 28 frühere Angehörige von sowjetischen Partisaneneinheiten tätig (Doppelnennungen waren möglich).

7. Inwieweit gab es im Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR neben der Kontinuität bei den Personen auch eine Kontinuität im Hinblick auf Strukturen, Mentalitäten, Überzeugungen, Vokabular etc.?

Die sowjetische Geheimpolizei war das unmittelbare Vorbild für den Aufbau des MfS, auch hinsichtlich der Zuständigkeiten, Strukturen, Organisations- und Leitungsprinzipien sowie der operativen Praxis. In den Fünfzigerjahren übten die im Stasi-Apparat tätigen und mit einer faktischen Weisungsbefugnis ausgestatteten sowjetischen Berater einen prägenden Einfluss aus, der sich bis in die Tra-

ditionspflege und die geheimpolizeilichen „Fachbegriffe“ nachvollziehen lässt. Weitere Gemeinsamkeiten ergaben sich darüber hinaus aus der kommunistischen Ideologie, die die sowjetischen mit den ostdeutschen Staatssicherheitsfunktionären verband.

Ähnlichkeiten der DDR-Staatssicherheit mit vergleichbaren Institutionen des NS-Staates beruhen nicht auf realen historischen Kontinuitäten. Diese waren aufgrund des erfolgten institutionellen und personellen Umbruchs in der SBZ/DDR sowie des Selbstverständnisses des MfS als „antifaschistisch“ ausgeschlossen. Bei der Gründung legte die MfS-Führung zum Beispiel Wert auf eine möglichst starke begriffliche Lösung vom Vokabular der deutschen Polizei. So wurde z. B. die Bezeichnung V-Mann für einen Informanten zugunsten der aus dem russischen entlehnten Begriffe „Geheimer Informator“ und „Geheimer Mitarbeiter“ (später Inoffizieller Mitarbeiter) abgelöst. Gleichwohl ergeben sich aus der totalitären Grundstruktur jenseits der Begriffe Gemeinsamkeiten wie die Ablehnung von Rechtsgarantien, der ideologisch geprägte Verfolgungswille usw.

8. Welche weiteren Maßnahmen sollten nach Auffassung der Bundesregierung ergriffen werden, um die Gründungsgeschichte des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR aufzuarbeiten, und wer könnte und sollte dies leisten?

Hoffnungen für weitere Impulse der Forschung setzt die Bundesregierung insbesondere auf den Zugang zu Archiven in Russland, in Kooperation mit der Russischen Föderation. Mit der Aufgabe der Erforschung und Aufarbeitung der Gründungsgeschichte des MfS sind die Institutionen der Wissenschaft sowie der Aufarbeitungslandschaft zur DDR-Geschichte (Universitäten, BStU, zeithistorische Forschungsinstitute, Gedenkstätten) befasst. Aufgrund der Bedeutung der Vor-, Gründungs- und Frühgeschichte des MfS für langfristige Weichenstellungen des Staatssicherheitsapparates und der damals besonders hohen Zahl von Opfern kommt dieser Phase weiterhin große Bedeutung zu.

9. Welche Untersuchungen wurden von der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in diesem Zusammenhang gemacht, und welche Ergebnisse brachten diese Untersuchungen zu Tage?

   Wurden die Untersuchungsergebnisse veröffentlicht?

   Wenn ja, wann, wo und in welcher Form?

   Wenn nein, warum nicht?

Die BStU hat sich in einer Reihe von Projekten mit der Gründungsgeschichte des MfS beschäftigt. Hierzu zählen die Entwicklungsgeschichte des MfS-Apparates, die Geschichte der hauptamtlichen und der inoffiziellen Mitarbeiter, die politische Justiz, das Verhältnis von SED und MfS, die Rolle der sowjetischen Instrukteure des MGB/KGB. Die Ergebnisse dieser Forschungen sind in vielfältiger Weise veröffentlicht worden. Als wichtigste Beiträge sind hier zu nennen:

– Roger Engelmann: Diener zweier Herren. (vollständiger Titel siehe Antwort zu Frage 2);
– Roger Engelmann: Aufbau und Anleitung der ostdeutschen Staatssicherheit durch sowjetische Organe (1949-1959), in: Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Ute Schmidt (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945-1955, Dresden 2001;

- Roger Engelmann: „Schild und Schwert“ als Exportartikel (vollständiger Titel siehe Antwort zu Frage 2);
- Roger Engelmann: Ernst Wollweber (1898–1967) Chefsaboteur der Sowjets und Zuchtmeister der Stasi, in: Dieter Krüger, Armin Wagner (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003;
- Roger Engelmann: Staatssicherheitsjustiz. Zur Entwicklung geheimpolizeilicher und justitieller Strukturen im Bereich der politischen Strafverfolgung der DDR 1950–1963, in: Ders.; Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin (Ch. Links) 1999, S. 133–164;
- Jens Gieseke, Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2001 u. ö., (Kapitel 2: Antifaschismus – Stalinismus – Kalter Bürgerkrieg. Ursprünge und Prägungen 1945 bis 1956);
- Jens Gieseke: Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit 1948 bis 1950, in: Dierk Hoffmann, Hermann Wentker (Hg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR, München 2000;
- Jens Gieseke: Erich Mielke (1907–2000): Revolverheld und oberster DDR-Tschekist, in: Dieter Krüger, Armin Wagner (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003;
- Helmut Müller-Enbergs: Wilhelm Zaisser (1893–1958) Vom königlich-preußischen Reserveoffizier zum ersten Chef des MfS, in: Dieter Krüger, Armin Wagner (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003;
- Monika Tantzscher: „In der Ostzone wird ein neuer Apparat aufgebaut“: die Gründung des DDR-Staatssicherheitsdienstes, in: Deutschland Archiv 31(1998)1;
- Monika Tantzscher: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone: Ursprung und Entwicklung der K 5, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1998.

Außerdem sind diese Forschungsergebnisse in die Vortrags- und Ausstellungstätigkeit der BStU in vielfältigen Formen eingeflossen.

10. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob und inwieweit es zwischen Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Mechanismen der Übernahme von belasteten Personen aus dem Geheimdienst-, Militär- und Polizeiapparat des nationalsozialistischen Regimes in die jeweiligen Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland bzw. der DDR gab?

Bei der Übernahme von belasteten Personen aus dem Geheimdienst-, Militär- und Polizeiapparat des Naziregimes in die Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland bzw. die Geheimdienste der DDR gab es unterschiedliche Mechanismen.

Zu möglichen personellen Kontinuitätslinien in der Gründungszeit von BND und BfV wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Dr. Max Stadler u. a. und der Fraktion der FDP verwiesen (Bundestagsdrucksache 16/7379).

Hinsichtlich der Mechanismen bei der Übernahme von belasteten Personen aus dem Geheimdienst-, Militär- und Polizeiapparat des Naziregimes in die Geheimdienste der DDR wird auf die Antworten zu den Fragen 5 und 11 verwiesen.

11. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über personelle und inhaltliche Kontinuitäten zwischen dem Geheimdienst-, Militär- und Polizeiapparat des nationalsozialistischen Regimes und des Auslandsnachrichtendienstes der NVA – der Verwaltung Aufklärung – vor?

    Beabsichtigt die Bundesregierung, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Gründungsgeschichte der Verwaltung Aufklärung der NVA aufzuarbeiten bzw. deren Aufarbeitung zu fördern?

Zur Verwaltung Aufklärung der NVA (VA) liegen aufgrund der weitgehenden Aktenvernichtung dieses Apparates 1990 keine detaillierten Erkenntnisse vor. Es ist aber davon auszugehen, dass die Rekrutierungspolitik der VA im Wesentlichen den gleichen Prämissen folgte wie die des MfS. Die weitere Erforschung der VA-Geschichte ist ein wichtiges Anliegen der DDR-Aufarbeitung und wird ungeachtet der schwierigen Quellenlage weiter betrieben.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333